

Keine Koexistenz von Atomkraft und menschlicher Gesellschaft:

Japanische Ex-Bürgermeisterin Hiroko Uehara reflektiert die Katastrophe von Fukushima

Wiedergegeben von Gottfried Hilscher

Gemessen an der Weite des menschlichen Lebensraumes überbrückt unsere Empathie nur selten größere Entfernungen. Katastrophale Ereignisse lassen das zwar in den Hintergrund treten, aber die unmittelbar von ihnen Betroffenen sind nach kurzer Zeit mit ihrem Elend wieder unter sich und von der Weltgesellschaft gemeinhin vergessen. Tschernobyl bleibt auch für das, was danach geschah und geschieht, ein "zeitloses" Mahnmal.

Die Atomkatastrophe vom 11. März 2011 nahe der japanischen Stadt Fukushima sorgte für die nächste atomare Erschütterung der Welt. Wenn zwei Jahre später der Kraftwerksbetreiber Tepco hinausposaunt, er sei Schuld an der Katastrophe, schlägt einem das die Sprache. Tepcos Begründung: Man wäre auf das vorausgegangene Erdbeben und den anschließenden Tsunami nicht vorbereitet gewesen.

Dies am 28. April 2012 in Tokio gegründete Netzwerk "Bürgermeister für ein atomenergiefreies Japan" entstand aus der Überzeugung, dass die menschliche Gesellschaft und die Atomkraft nicht miteinander koexistieren können. Ihr Ziel sind unabhängige und selbstbestimmte Kommunen, die ohne Atomenergie auskommen.

Japan an der Tutzingener Tagung

Der Evangelischen Akademie Tutzing gebührt Dank, dass sie im März dieses Jahres eine originäre Bürgerinitiative im fernen Japan einem deutschsprachigen Publikum nahegebracht hat. Im Rahmen ihrer Tagung "Fukushima und die Konsequenzen". Den Vortrag über die Aktionsgemeinschaft für ein Japan ohne Atomenergie hielt deren Generalsekretärin Hiroko Uehara, die von 1999 bis 2007 Bürgermeisterin der

Stadt Kunitachi in der Region Tokio war. Vor ihr habe dort noch keine Frau das Bürgermeisteramt innegehabt, betont sie. Das hätte zu einem Umdenken in ihrem Land geführt, in dem Frauen in der Politik selten vertreten seien. Für die Mitgliedschaft in ihrer Vereinigung sei das Bürgermeisteramt Voraussetzung. Im März waren es 82 Personen aus 38 von 47 Präfekturen. Das Referat von Frau Uehara übersetzte Barbara Lohoff ins Deutsche. Der Berichterstatter dankt ihr herzlich für eine Kopie der deutschen Fassung.

Ziele und Aktivitäten der Bürgermeister

1. Erfassung der "tatsächlichen" Situation der Atomkraftwerke nach Fukushima;
2. Klärung des Prozesses, der zu einem AKW-freien Japan führt;
3. Konkrete Maßnahmen zur Verbreitung erneuerbarer Energien in den Präfekturen;
4. Informationsaustausch im Rahmen von Kooperationen mit anderen Ländern;
5. Aktive Unterstützung bei Problemen im familiären Leben, etwa mit den Kindern und der Versorgung mit Lebensmitteln.

Als wichtigste Aktivitäten ihrer Organisation betrachtet Uehara den Meinungsaustausch und Fortbildungsveranstaltungen, Informationsbeschaffung und die Bereitstellung von Lehrbeispielen durch ihre Mitglieder sowie gegenüber der Regierung und Parlamentsmitgliedern Anträge zur Einleitung politischer Maßnahmen.

In der politischen Szenerie Japans sei der "Bürgermeisterrat" bahnbrechend. Dass eine "Bürgerinitiative" gegen Maßnahmen der Regierung präzise rechtliche Einwände geltend machen kann, hält Hiroko Uehara für einmalig. Immerhin würden in Japan



Hiroko Uehara, Generalsekretärin der Aktionsgemeinschaft für ein Japan ohne Atomenergie, von 1999 bis 2007 Bürgermeisterin der Stadt Kunitachi in der Region Tokio.

Bürgermeister und Stadträte direkt vom Volk gewählt. Nach der Überzeugung, dass Atomkraft und menschliche Gesellschaft nicht koexistieren können, seien die Mitglieder dieser Bürgermeister-Vereinigung unerbittliche Verteidiger des Lebens ihrer Bürger. Wenn man bedenkt, dass nach Fukushima bis dato bereits 180 000 Menschen ihre Heimat verlassen mussten und wegen deren radioaktiver Verseuchung eine Rückkehr vielfach ausgeschlossen ist, sei der bürgermeisterliche Widerstand nur folgerichtig, unterstreicht Uehara.

Japanische Spezifika und die Folgeschäden von Fukushima

Der Zustand der japanischen Wirtschaft dürfe nicht als prioritär betrachtet und die Bürger dieser Bewertung nicht ausgeliefert werden, sagen die Bürgermeister. Ferner dulde die große Verantwortung für die lebenslange Gesundheit der Kinder keine Nachlässigkeit. Die Erwachsenen und die Kommunen sind für die Wahrung dieser Kinderrechte verantwortlich. Gemeindeverwaltungen und Bürgermeister dürften ihre

Verpflichtung nicht vernachlässigen. Sprich, für ein Japan zu sorgen, das ohne Atomkraft auskommt. Auf die unmittelbaren Gefahren für den Menschen und seinen Lebensraum, die eine Katastrophe wie Fukushima zur Folge hat, ging Hiroko Uehara in Tutzing nicht mehr *expressis verbis* ein. Stattdessen befasste sie sich intensiver mit sozialen Auswirkungen in ihrem Land.

Die Japaner seien prinzipiell ein Ackerbau betreibendes Volk. Ihr Land ist arm an Rohstoffen. Die ihm von der Natur auferlegten Verhältnisse seien unumgänglich und geprägt von den Jahreszeiten. Die Bauern waren eifrig damit beschäftigt, die Fruchtbarkeit des Landes zu steigern. Teamarbeit war bezeichnend für die Dorfgemeinschaften. Überalterung und geringe Geburtsraten dezimieren inzwischen die Landbevölkerung. Die gewohnte Zusammenarbeit wurde unmöglich, landwirtschaftlich genutzte Flächen werden vermehrt aufgegeben. Nach Fukushima ist vielen Landwirten die Rückkehr in ihre Heimat verwehrt. Junge Familien setzen ihre Hoffnung vermehrt auf ein neues Leben fern ihres angestammten Reviers. Älteren fällt es schwer, an ihnen unvertrauten Orten weiterzule-

ben. Sie hoffen auf die atomare Dekontaminierung ihrer Ländereien und trotzen ihrer aussichtslosen Lage. Ein sorgenvolles Dasein auch für die Bürgermeister, die Verantwortung für ihre Bürger tragen.

Die Stadt Futaba und ihr Bürgermeister Idogawa, der im Dezember 2012 von seinem Stadtrat abgewählt wurde, ist für Uehara ein symptomatischer Fall. In seiner Gemeinde stehen die Fukushima-Reaktoren 5 und 6. Von der Förderung ihres Baus profitierte die Kommune. 20 Kilometer von ihr entfernt explodierten im März 2011 in der Stadt Okuma die Reaktoren 1 und 3.

7000 Bürger wurden umgehend zwangsevakuert. Bürgermeister Idogawa war das Wohl der Kinder wichtiger als der Erhalt seiner Gemeinde. An die Regierung gewandt forderte er das "Recht auf Flucht". Eine Rückkehr in das Katastrophengebiet schloss er aus. Etwa die Hälfte seiner Mitbürger stimmten ihm zu. Die Stadträte vertraten die gegensätzliche Meinung und wählten ihn im Dezember 2012 ab. Der Bürgermeister-Vereinigung für ein Japan ohne Atomkraft gehört er als "nicht mehr im Amt" nicht an, aber er hegt große Erwartungen in sie.

Mythos Atomkraft ohne Zukunft

Die Atomkraft, die eine prosperierende Zukunft verheißen sollte, ist nach den Worten von Hiroko Uehara schlagartig zu einem "alles plündernden Dämon" verkommen. Die Gebiete, in denen einst aus finanziellen Gründen die Atomkraft befürwortet wurde, ringen jetzt mit der Stilllegung der Reaktoren. Am 5. Mai 2012 sind in Japan alle abgeschaltet worden. Von den nach Fukushima verbliebenen 54 Anlagen wurde bisher nur eine wieder in Betrieb genommen; der Stadtrat von Ool in der Präfektur Fukui stimmte dafür.

Städte, die sich mit der Atomkraft abfinden, sind nach Ueharas Einschätzung nicht sonderlich gut gestellt, wenn es um ihre Finanzen geht. Ihnen stünden "souveräne Bürgeraktionen" gegenüber. Zum Beispiel in Tokio, wo vor dem Parlament jeden Freitag zuweilen 200 000 Menschen für den Atomausstieg demonstrieren.

Gegen Ende ihres Referats äußerte die Vortragende die Hoffnung, der unheilvollen Situation ihres Landes auch dadurch entrinnen zu können, dass sie ein Land wie Deutschland mit seinem reichhaltigen Wissen über alternative Energien unterstützt. Der Redakteur des "NET-Journals" und Autor dieser Zeilen spitzte die Ohren und wurde umgehend von Visionen heimgesucht. Zum Beispiel von einer japanischen Ausgabe dieser Zeitschrift.

Damit sich jeder Leser und alle, die auf den Wunsch aus Japan zielgenau mit Fragen und konkreten Angeboten reagieren möchten, hier die **Kontaktadresse**:

Mayors for a Nuclear Power Free Japan,
Madam Hiroko Uehara,
Secretary General
Web: <http://mayors.npfree.jp/>
Email: mayors@npfree.jp
Tel: +81-3-6851-9791,
Fax: +81-3-3363-7562

"Japanischer Austausch für eine Energiewende"

Die Tagung dazu wurde in Kooperation mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz und dem Bund Naturschutz in Bayern vorbereitet. Sie fand am 13. und 14. März 2013 in der Evangelischen Akademie Tutzing statt. Zu Beginn berichtete Katsumi Hasegawa darüber, wie er die Katastrophe von Fukushima erlebte und welche Konsequenzen sie für seine Familie nach sich zog. Er und seine Ehefrau entschieden sich nach dem mehrfachen Super-GAU für eine "Evakuierung in Eigenverantwortung".

Die japanische Regierung hatte seinen Heimatort nicht zur Verbotzone erklärt, obwohl die Region stark radioaktiv belastet war. So habe sich die Familie entschlossen, sich selbst zu evakuieren.



Katsumi Hasegawa mit seinem Töchterchen nach der Flucht nach Deutschland als Tagungsteilnehmer in Tutzing.